

September
1. Oktober

Suppe
einladet

Hotel Adler
er Wein
Kuschank.

merdingen.
ladung.

Feier

tschler,
Algenberg.

warz,
Bauer, Heimerdingen.

verkauf.

astentpressen
kupfertessel

lpumpe
el u. Ständen

eke Calw
ann.

Bauern-Hof

kauf. gesucht.

Das
berbstfutter

einig. Morgen Wiefe
t zu verpachten.

Säcke

edensqualität, Massenver-
D u. Einzelverkauf. Inter-
schon von Nr. 7. 50 ab.

chopper, Stuttgart,
wabrig 67, Edeleudwigstr.

Nach berichtet
das Calmer
Tagblatt über
alle wissen-
werten Vor-
kommnisse!

Calmer Tagblatt

Nr. 228.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Veröffentlichungswerte: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Bsp. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Sternpr. 6.

Freitag, den 30. September 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Traglohn Bfr. 12.00 wöchentlich. Bezugspreis Bfr. 12.00 mit Befreiung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Zur außer- und innerpolitischen Lage.

Nähere Mitteilung zur Aufhebung der Sanktionen.

Koblenz, 30. Sept. Ueber die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen wird gemeldet Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die in Verfolg der Londoner Beschlüsse erfolgten Verordnungen im besetzten Gebiet mit Wirkung vom 30. September, abends 12 Uhr, unter Vorbehalt aufgehoben und im wesentlichen folgendes bestimmt: Unberührt bleibt die Gültigkeit der auf Grund der aufgehobenen Verordnungen getätigten Akte, erworbenen Rechte, übernommenen Verbindlichkeiten und verhängten Strafen. Die von den alliierten Stellen im besetzten Gebiet erteilten Ein- und Ausfuhrbewilligungen bleiben gültig, ebenso die von ihnen aufgestellten Freilisten für die Dauer von drei Monaten. Ferner bleibt die Freiheit des Verkehrs mit Postpaketen bis zu fünf Kilogramm auf der Westgrenze des besetzten Gebiets für einen Monat bestehen. Für die Abrechnung der für den Reparationsauschuss von der Rheinlandskommission und ihren Organen vereinnahmten deutschen Zolleinkünfte bleiben die zuständigen deutschen Behörden der Rheinlandskommission unterstellt. Die bei der Durchführung der Sanktionen der deutschen Verwaltung entstandenen Kosten fallen dem Deutschen Reich zur Last. Die Suspension der deutschen Gerichte und Verordnungen wird aufgehoben. Bis zum Inkrafttreten des interalliierten Zollauschusses setzt das Emfer Ein- und Ausfuhramt seine Tätigkeit fort, soweit es sich nicht um den Warenverkehr über die ausländische Grenze des besetzten Gebiets handelt.

Zustimmung des Reichstagsausschusses zum deutsch-amerikanischen Friedensvertrag.

Berlin, 29. Sept. Heute berichtete in einer vertraulichen Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstags in Anwesenheit des Reichsministers Dr. Rosen über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und über den deutsch-amerikanischen Vertrag. Nach mehrstündiger Aussprache beschloß der auswärtige Ausschuss auf Anregung seines Vorsitzenden Dr. Eisele bei 3 Stimmenthaltungen, dem Reichstage die Zustimmung zu dem Gesetz betreffend den 25. August 1921 vereinbarten deutsch-amerikanischen Vertrag über die Regelung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu empfehlen.

Wilson gegen den deutsch-amerikanischen Sonderfrieden.

London, 28. Sept. Die „Times“ melden aus Washington, im Weißen Haus sei eine Art von Sensation entstanden, als bekannt wurde, daß der ehemalige Präsident Wilson interveniert habe, um den Widerstand gegen die Ratifikation des Friedensvertrags mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn zu stärken. Nach der Ansicht Wilsons verbiete die Ehre und das Interesse Amerikas die Ratifikation dieser Verträge. Der „Times“-Berichterstatter meldet, daß die Republikaner nach wie vor auf die baldige Ratifizierung des Friedensvertrages vertrauen. — „Daily Telegraph“ bringt ein Telegramm seines Newyorker Berichterstatters, in dem es heißt: Wichtige Einflüsse stärken die demokratische Opposition gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland. Präsident Wilson sei der Ansicht, daß der Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland die Alliierten im Stiche lasse und auch einen ernsten Vertrauensbruch bedeuten würde und daß die Ratifizierung daher abgelehnt werden müßte. — Wie der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, könnte sich im amerikanischen Senat trotz einer Mehrheit zugunsten des Sonderfriedens mit Deutschland die Erstörung bis November hinziehen.

Paris, 29. Sept. Dem Newyork Herald wird aus Washington gemeldet, daß der Kampf um den Friedensvertrag von Tag zu Tag weiter um sich greife. Die rasche Ratifizierung werde unmöglich. Die Demokraten empfehlen darum, in die Verträge Zulasse aufzunehmen zu Gunsten einer Annäherung an Europa in Übereinstimmung mit den Theorien des Expräsidenten Wilson. Nach dem Wortlaut eines dieser Zusätze soll nichts in den Verträgen den Vereinigten Staaten den Beitritt zum Völkerbund verwehren können, wenn der Kongress so beschließt. Ein anderer Zusatz soll bestimmen, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, sich an jedem Vorgehen zu beteiligen, das geeignet ist, auch die Artikel des Vertrags von Versailles zur Geltung zu bringen, an denen sie interessiert sind.

London, 29. Sept. „Daily Telegraph“ meldet aus Newyork, daß die demokratische Opposition gegen den Sonderfrieden mit Deutschland wachse und daß die Möglichkeit bestehe, daß die Republikaner nicht in der Lage sein würden, die für die Ratifizierung notwendige Zweidrittelmehrheit des Senats zu sichern.

— Andererseits melden die „Times“ aus Washington, daß allgemein die Ansicht herrsche, daß die uniformelle Sitzung der demokratischen Senatoren jeden Zweifel darüber beseitigen habe, daß vor der Vertagung der augenblicklichen außerordentlichen Tagung des Kongresses die Verträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn mit den bereits mitgeteilten Vorbehalten ratifiziert werden würden. Die Konferenz der Demokraten habe gezeigt, daß mindestens die Hälfte der Demokraten für die Verträge als einziges Mittel zur Beendigung des technischen Kriegszustandes stimmen würden.

Die Frage der Erweiterung der Regierung.

Berlin, 29. Sept. Die Beratungen über die Umbildung des Reichskabinetts im Sinne einer Erweiterung der Regierungskoalition haben unter Teilnahme von Vertretern der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei gestern beim Reichskanzler begonnen. Auch der Reichspräsident und der preussische Ministerpräsident, sowie der Reichstagspräsident Lohse waren erschienen.

Berlin, 30. Sept. Gestern setzten die Fraktionen der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei ihre Beratungen über die Kabinettsfrage fort. Während das „Berliner Tageblatt“ über die Aussichten des Zustandekommens einer erweiterten Koalition im Reich und in Preußen optimistisch urteilt, schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“, daß nach dem Ergebnis der gestrigen Besprechungen der Fraktion der Volkspartei man innerhalb der Partei die Frage der Kabinettsneubildung nicht sehr günstig beurteile. Laut „Vorwärts“ ist man auch in maßgebenden sozialistischen Kreisen auf Grund der gestrigen Verhandlungen gegenwärtig nicht sehr optimistisch. Am Samstag sollen die Beproduktionen der Fraktionsführer beim Reichskanzler wieder ausgenommen werden.

Ein weiterer Gesetzentwurf zum Schutz der Republik.

Berlin, 30. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, wird von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags ebenfalls ein Gesetzentwurf zum Schutz der Republik eingebracht werden.

Den Blättern zufolge wird zu Beginn der heutigen Reichstags-sitzung der Reichskanzler eine Erklärung über Oberschlesien abgeben. Hierauf erfolgt die Begründung der beiden Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung durch die Antragsteller, worauf der Reichskanzler antworten wird.

Entlassung des bayerischen Polizeipräsidenten.

München, 28. Sept. Der Polizeipräsident Pöhner hat unter dem heutigen Tage sein Entlassungsgesuch eingereicht. Er begründet es mit einer Erklärung, in der er betont, daß er sich nach Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes außerstande sehe, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen.

München, 29. Sept. Nach einer amtlichen Meldung ist das Entlassungsgesuch des Polizeipräsidenten Pöhner vom Ministerium des Innern genehmigt worden. Die Geschäfte des Polizeipräsidenten werden vorübergehend von dem Polizeidirektor Rahmer geführt. Die Ernennung des neuen Polizeipräsidenten steht bevor.

Die Tagung des Völkerbunds. Weltwirtschaftsfragen.

Genf, 28. Sept. In ihrer heutigen Sitzung gelangte die Völkerbundsversammlung in dem bolivianisch-chilenischen Streitfall zu einem Abschluß. Der Präsident der Versammlung gab der Hoffnung Ausdruck, daß die beiden Parteien auf dem Weg direkter Verhandlungen sich einigen würden, da in Südamerika die Gegensätze nicht so groß seien wie in Europa. Darauf trat die Versammlung in die Debatte über den Bericht der Finanz- und Wirtschaftskommission ein. Ador-Schweiz besprach als Berichterstatter eingehend die gerräteten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, sowie das Valutaproblem. Dieses könne nicht gelöst werden, solange immer noch Papiergeld von den weniger schwachen Staaten auf den Markt geworfen werde. Ferraris-Italien bedauerte, daß die Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz außer Acht gelassen wurden und wünschte, daß Artikel 23 des Statuts, der die Förderung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen verlangt, ernstlich beachtet werden möge. Balfour-England und Hannotaug begrüßten sympathievoll die Kreditation für Oesterreich, worauf Graf Menzoborf-Oesterreich dankte und betonte, daß die Ausführungen Balfours und Hannotaugs das etwas ins Wanken geratene Vertrauen des österreichischen Volkes wiederherstellen würden. Darauf nahm die Versammlung einstimmig die von der Kommission eingebrachte Resolution an, wonach es nicht als notwendig erachtet wird, eine ständige internationale Finanzkommission einzuberufen, solange die Finanzkommission des Völkerbunds ihre Arbeiten nicht beendigt habe. Zum Schluß erbatete Murray den Bericht über den Antrag der 5.

kommission zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels, worauf die Sitzung auf Donnerstag vertagt wurde.

Die obereschlesische Frage.

Berlin, 27. Sept. Wie die Blätter aus Breslau melden, beauftragte die Kommission des Völkerbundsrats unter Führung von Mitgliedern der Interalliierten Kommission das Wasserwerk Zawada und holte über die obereschlesische Wasserversorgung Informationen ein.

Nach einer weiteren Blättermeldung aus Breslau hat die Kommission telegraphisch je einen deutschen und einen polnischen obereschlesischen Gewerkschaftler nach Genf beordert. Die beiden Vertreter, die gestern bereits abgereist sind, werden in Genf eine deutsche und eine polnische Denkschrift überreichen.

Oppein, 28. Sept. Der Völkerbundsrat hat als Vertreter der obereschlesischen Industrie folgende Persönlichkeiten zum Zwecke der Berichterstattung nach Genf berufen: von deutscher Seite Berggrat Dr. Geisheimer, Geschäftsführer des Obereschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins, und Gewerkschaftssekretär Karzer vom Bezirksrat der Freien Gewerkschaften. Als Vertreter der polnisch gestimmten Bevölkerungssteile Oberschlesiens sind Herr Grobianowski, der früher für den Berg- und hüttenmännischen Verein tätig war, und Gewerkschaftssekretär Kott, der an der Spitze der Polnischen Berufsvereinigung steht, nach Genf berufen worden. Die Herren sind bereits in Genf eingetroffen.

London, 28. Sept. „Evening Standard“ zufolge wird erwartet, daß die vier Mitglieder des Völkerbundsrats, denen die obereschlesische Frage unterbreitet worden ist, binnen 14 Tagen ihren Bericht erstatten werden. Ihre Entscheidung wird wahrscheinlich in der Hauptsache zu Gunsten des Bestrebens Englands und Italiens ausfallen, das Industriegebiet Deutschland zu überlassen.

Berlin, 28. Sept. Eine Anzahl obereschlesischer Verbände, darunter der obereschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, der Landbund, der Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der katholische Klerus haben der deutschen Regierung umfangreiches Material übermittelt, in dem neuerdings die Anteilbarkeit Oberschlesiens dargelegt wird und gebeten, dieses Material dem Völkerbund weiterzuleiten. Die deutsche Regierung wird das Material in den nächsten Tagen in einer Note den alliierten Regierungen und dem Völkerbund unterbreiten.

Genf, 29. Sept. Die schweizerische Depeschagentur verzeichnet Gerüchte, wonach die Entscheidung des Rats in der obereschlesischen Frage sich der Sforza-Linie nähern werde. Gleichzeitig heißt es, daß der Rat sich in hohem Maße von den Gutachten beeinflussen lasse, die in der Denkschrift der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale von allen Komiteemitgliedern, darunter den polnischen Vertretern, abgegeben wurden, und die eine Lösung ermöglichen, die sowohl die Zustimmung der deutschen wie der polnischen Arbeitermassen in Oberschlesien finden würde.

Genf, 29. Sept. Das „Journal de Geneve“ erklärt, daß der Biererrat am Dienstag die Erklärungen der vier hier heute eingetroffenen obereschlesischen Persönlichkeiten entgegennehme und zwar des Berggrats Geisheimer vom Berg- und Hüttenverband Oberschlesien und des Sekretärs der Freien Gewerkschaften Kahringer auf deutscher Seite und der Herren Grobianowski u. Kott auf polnischer Seite.

Die irische Frage.

Lloyd Georges Antwort an Devalera. Vor einer neuen Konferenz.

London, 29. Sept. Reuter Lloyd George hat die telegraphische Antwort an Devalera heute vormittag abgesandt. Der Text wird erst veröffentlicht werden, wenn die Depesche in Dublin eingetroffen ist.

London, 30. Sept. In der gestern nachmittag veröffentlichten Note Lloyd Georges an Devalera heißt es: Mit einem weiteren Austausch von Erklärungen und Mitteilungen ist keinem Zweck gedient. Die von der Regierung seinerzeit eingenommene Haltung ist grundlegend für den Bestand des britischen Reichs und kann von ihr nicht geändert werden. Meine Kollegen und ich sind noch weiter ernstlichbedacht, im Zusammenwirken mit ihren Delegierten einen neuen Versuch zu unternehmen, jede Möglichkeit einer Regelung durch persönliche Erörterung zu erforschen. Die von uns bereits gemachten Vorschläge sind von der gesamten Welt als Beweis dafür aufgenommen worden, daß unsere Bemühungen zur Verständigung und Regelung nicht leere Worte sind. Wir sind der Ansicht, daß eine Konferenz und nicht eine Korrespondenz der praktischste und aussichtsreichste Weg zum Ziele ist, das wir zu erreichen wünschen. Wir senden Ihnen daher eine neue Einladung zu einer Konferenz in London am 11. Oktober, wo wir Ihre Delegierten sprechen wollen als

Wortführer des Volkes, das Sie vertreten, um zu bestimmen, wie die Affiliation Irlands mit der als Britisches Reich bekannten Gemeinschaft von Nationen am besten mit den irischen nationalen Bestrebungen versöhnt werden kann.

London, 29. Sept. Reuter. Die Antwort der Regierung an Devalera hebt die vorhergegangenen Festsetzungen im wesentlichen auf und versichert nur von neuem, daß die Regierung die fundamentale Lage, die für das Bestehen des Reiches von vitaler Bedeutung sei, nicht ändern könne. Die Sinn Feiner werden zu einer Konferenz eingeladen, die am 11. Oktober in London stattfinden soll.

London, 29. Sept. In Tipperary kam es gestern abend zu Revolverbeschüssen, bei denen eine Person getötet und drei verwundet wurden. Militärische Patrouillen säuberten die Straßen. Aus Velsaft wird eine Reihe weiterer Zusammenstöße zwischen Protestanten und Katholiken gemeldet. Eine Gruppe Protestanten, die von einem Leichenbegängnis zurückkehrte, wurde beschossen. Ein Protestant wurde dabei getötet, drei wurden verwundet. In den Nachmittagsstunden wurde ein weiterer Verwundeter eingeliefert, der von einer Kugel getroffen worden war. Bei dem Versuch, eine Ansammlung zu zerstreuen, wurden die Polizeibeamten mit Steinen beworfen und mußten von ihren Knüppeln Gebrauch machen.

Englische Handelsorgen.

London, 28. Sept. Lloyd George hat den Finanzsekretär Sifton Young aufgefordert, zusammen mit Finanzfachverständigen und Vertretern des Handels am Freitag nach Gairloch zu kommen, um mit ihm die Vorschläge über die Wiederbelebung des Handels zu erörtern.

Der österreichisch-ungarische Grenzstreit.

Ein letztes Ultimatum der Entente?

London, 30. Sept. Reuter erfährt, daß die Botschafterkonferenz vorgestern beschlossen hat, Ungarn zu benachrichtigen, daß die Freigabe des Burgenlandes bis zum 4. Oktober bedingungslos zu erfolgen hat. Auf die Nachricht, daß die ungarische Regierung beabsichtigt, eine neue Klasse von 20 000 Mann zu mobilisieren, hat die Konferenz Ungarn verständigt, daß dies in keinem Fall gestattet werden würde.

Ausufung eines selbständigen Staates Westungarn durch Stephan Friedrich?
Berlin, 30. Sept. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Budapest, daß am Mittwoch die Ausufung des selbständigen westungarischen Staates vollzogen worden ist. Der unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Stephan Friedrich stehende Landesverteidigungsrat hat eine Proklamation erlassen, der zufolge der Landesverteidigungsrat das Imperium über Westungarn übernimmt und das Land als selbständige Regierung verwaltet wird. In einer Rede, die Friedrich in der Budapest Landesparlament hielt, erklärte er, wer es wage, Westungarn zu betreten, werde einfach erschossen.

Die Tagung des Reichsverbands der deutschen Industrie in München.

Kathenau über Regierungserbreitung, Kredithilfe und Wiedergutmachungen.

Berlin, 27. Sept. Die Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde heute morgen durch den Vorsitzenden Dr. Ing. Sorge, eröffnet. Dr. Sorge erklärte die Bereitwilligkeit der Industrie, ihre ausländischen Kredite zu Gunsten des Reichs nutzbar zu machen unter der Voraussetzung, daß sich an der Aktion die Landwirtschaft, die Bantwelt und der Handel beteiligen und daß die Regierung ihrerseits alles tue, um das Risiko der Zerstörung des letzten Restes unserer Wirtschaft zu verringern. — Nach Ansprachen des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen v. v. K. und des Bürgermeisters von München, der besonders die Treue Bayerns zum Reich hervorhob, übermittelte Wiederaufbauminister Rathenau die Grüße der Reichsregierung und brachte die Anerkennung des bisher von der Industrie Geleisteten zum Ausdruck. Er hoffe, daß sich im Zusammenhang mit den schwebenden Verhandlungen über eine Verbreiterung der Regierungsbasis eine intensivere Beteiligung der Industriekreise an der Führung der Regierungsgeschäfte durchführen lasse. Rathenau erklärte dann mit Bezug auf unsere Reparationsleistungen, daß hier nicht nur eine physische, sondern auch eine ethische Grenze bestesse und zwar aus der Erwägung heraus, wie weit man es verantworten könne, daß durch Zumutung irgend welcher Leistungen ein Volk in Not gerate. Ueber die Rede Churchill in Dundee drückte er seine Freude aus, besonders über den Plan, eine Korporation der zivilisierten Völker in Form eines Kongresses zu schaffen. Die Art der bisherigen vertraglichen Formulierung bedingt auf Seiten der Entente merkliche Enttäuschung. Man brauche dabei nur an unsere Reparationsfonds zu denken, mit denen die Entente nicht viel anfangen könne. Der neuerliche Sturz unserer Währung habe die Unmöglichkeit bewiesen, unsere Reparationsverpflichtungen lediglich durch Devisen abzudecken. Das Problem sei der Ersatz von Geld durch Sachleistungen. Bei den Verhandlungen in Frankreich über die Sachleistungen handele es sich um Leistungen in Höhe von 7 Milliarden im Laufe von vierzehnjährigen Jahren. Die Lieferungen sollen von einer Organisation ausgehen, die aber keine Kriegsgesellschaft, keine Kriegswirtschaft, darstelle. Desgleichen nach der Ratifizierung der Verträge durch Frankreich hoffe er, die notwendigen Organisationen auf die Beine stellen zu können. — Die Rede Rathenaus wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

Vatoki über Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaufragen.

München, 29. Sept. Der Reichsverband der deutschen Industrie trat heute in die Erörterung der gestrigen Ausführungen des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau ein. Der Reichskommissar für Wiederaufbau, von Vatoki, bemerkte u. a., die

Sachleistungen müßten nach einheitlichen Gesichtspunkten im Sinne höchster Wirtschaftlichkeit geordnet werden. Er verdeutlichte sich dann über die üblen Erscheinungen der Verschwendungssucht und des übermäßigen Auslandsverbrauchs und meinte, wir müßten unsere Lebenshaltung auf das bescheidene Maß der Zeit vor etwa 40 Jahren zurückbrauchen. Wenn der Massenkonsum und der Massenluzus nicht eingedämmt würden, dann würden uns alle Sachleistungen nichts nützen. Wir seien in den Augen des Auslands leistungsfähige Banerrotteure, die schnell noch die letzten Bestümmen verpraßten. Ein Volk in einer Lage wie wir müsse sich wenigstens vorübergehend Einschränkungen auferlegen können. Unsere Sachleistungen müßten möglichst schnell und prompt durchgeführt werden. Wir müßten dafür sorgen, daß alles im Rahmen unseres Wirtschaftslebens getan werde. Vor allem sei es notwendig, die vielen bisherigen Stellen mit ihrer Unübersichtlichkeit zu beseitigen. An die Stelle des bürokratischen Betriebs müsse eine möglichst freie Selbstverwaltung der beteiligten Wirtschaftszweige treten. Auch die vielen Reibungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftskreise müßten verschwinden, ebenso die Rivalität zwischen den Ländern bei Regelung der Reichsaufträge. Unsere Sachleistungen müßten so erledigt werden, daß unsere Stellung auf dem freien Markt möglichst gestärkt werde. Dies werde nur durch gute Sachleistungen erreicht. Bei einer mangelhaften Erledigung würde unser Ansehen verloren gehen. Ueberflüssige Reparationsgewinne müßten vermieden werden, ebenso der unnötige Druck weiteren Papiergeldes. — An der weiteren Aussprache beteiligten sich dann noch Direktor Dr. Peters vom Leistungsverband der landwirtschaftlichen Industrie, Reichstagsabgeordneter Dr. Reichert. — Schließlich wurde die Entschloßung betreffend die Durchführung der Sachleistungen angenommen.

Industrie und Sachleistungen.

Berlin, 30. Sept. Nach einer lebhaften Diskussion über die Organisation der Leistungsverbände, an der sich auch der Regierungskommissar v. Vatoki, der Nachfolger Guggenheims, beteiligte, wurde auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in München über die Stellung der Industrie zu den Leistungsverbänden eine Resolution angenommen, in der es heißt: Der Verband deutscher Industrie erklärt sich grundsätzlich bereit, nach allen Kräften die Regierung bei der Durchführung der Sachleistungen für die Wiedergutmachung zu unterstützen. Diese Sachleistungen werden nach Möglichkeit in freier Vereinbarung aufzubringen sein. Soweit die Bildung von Leistungsverbänden notwendig werden sollte, wird sie freiwillig erfolgen müssen. Auch da, wo man eine zwingende Bildung von Leistungsverbänden nicht glaubt umgehen zu können, ist sie ausdrücklich auf den einzigen Zweck der Sachleistungen für den Wiederaufbau zu beschränken, ohne sie mit anderen, insbesondere sozialpolitischen Bestimmungen zu belasten. Nach Annahme der Resolution begann die Diskussion über die Finanzlage.

Die Bedingungen der deutschen Industrie zur Kredithilfe für das Reich.

Berlin, 30. Sept. Im Verlauf der gestrigen Schlußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde eine Entschloßung angenommen, der zufolge Präsidium und Vorstand des Verbandes der Reichsregierung folgendes erklären: Die Industrie ist zu Verhandlungen darüber bereit, wie unter Ausnützung des Kredits, welchen sie im Ausland genießt, der Reichsregierung Gold oder Devisen zur Verfügung gestellt werden können. Die Voraussetzung dafür ist, daß die übrigen Kreise der Wirtschaft — Landwirtschaft, Handel, Banken und Bankiers — in gleicher Weise sich betätigen und daß unverzüglich wirksame Maßnahmen durchgeführt werden, durch die die jetzige Finanzwirtschaft, als den Kredit des Reichs und der Privatwirtschaft untergrabend, beseitigt wird.

Markt-Anzeiger!

Da der auf 12. Oktober vorgezogene Herbst-Markt

auf 5. Oktober vorgelegt wurde, geben wir den 1. Marktanzeiger am Montag, den 3. Oktober heraus. Wir bitten deshalb die Texte für die bereits aufgegebenen Anzeigen uns sofort einzusenden.

Verlag des „Calwer Tagblatt“

Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. September 1921.
Dienstauchricht.
Der Präsident des Landesfinanzamts hat zum Steuersekretär ernannt den Steuerbetriebssekretär W. Arndt in Hirsau.
Vom Rathaus.
(Schluß.)
(Punkt 2 der Tagesordnung: Der Gemeindeverband Teinach teilt mit, daß das Elektrizitätswert Teinach infolge der Monate anhaltenden Wasserknappheit ein reines Kohlenkraftwerk geworden sei, daß die Verwaltungskosten erheblich gestiegen seien und daß in den bisherigen Großabnehmerpreisen eine den Geldverhältnissen entsprechende Erneuerungsquote für die Werkanlagen nicht enthalten sei, was bei den Kleinabnehmern seit 1. Dezember 1920 durchgeführt sei. Es müßten demzufolge rückwirkend vom 1. August ds. Js. ab folgende Zuschläge erhoben werden: Zu den Vormalenpreisen 15 % (bisher 10 %) Zuschlag aus der Kohlenklasse für Tagstrom 0,03 \$ (0,025 \$), für Nachtstrom 0,03 \$ (0,015 \$). Die Stadtverwaltung erklärt sich mit dieser Erhöhung nicht ohne weiteres einverstanden und will die Entscheidung darüber einem Schiedsgericht

übertragen. Der Großabnehmerpreis betrage schon jetzt das 18fache des Vertragspreises, während der Preis für Kleinabnehmer nur auf das 8fache der Vorkriegszeit gestiegen sei. Die Wirkung des Aufschlags sei, daß die Kilowattstunde für Gleichstrom um 25—30 % teurer werde. — Punkt 3 und 4: Im Zusammenhang damit beantragt der Vorsitzende eine Erhöhung der Strom- und Gaspreise der städtischen Werke. Die Erhöhung des Strompreises durch Teinach, die Erhöhung der Wärme- und Gefälle, des Welpreises, der Kohlenpreise und der Frachtabgebühren lassen eine Erhöhung der Abnehmerpreise unumgänglich notwendig erscheinen. Beantragt wird eine solche von 2 M auf 2,60 M für Lichtstrom und von 1,40 M auf 2 M für Kraftstrom für die Kilowattstunde. Die Erhöhung der Kohlensteuer siehe ebenfalls noch in Aussicht. Der Gaspreis solle für Calw von 1,60 M auf 1,90 M, für Hirsau von 1,50 M auf 2,10 M für den Kubikmeter erhöht werden. Kleinere Werke wie die Calwer dürften nicht ohne weiteres mit größeren verglichen werden, da diese selbstverständlich bedeutend wirtschaftlicher arbeiten. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß Calw nur Steinkohlengas erzeuge, Stuttgart z. B. dagegen 30—40 Prozent wenigerwertiges Wassergas zusetze. Deshalb sei der Stuttgarter Gaspreis selbstverständlich billiger, das Gas aber auch schlechter. Trotzdem habe Stuttgart seinen Gaspreis von 1,25 M auf 1,50 M erhöht und seine Strompreise für Licht von 2,20 M auf 2,85 M. — An die Vorschläge des Vorsitzenden knüpfte sich eine Besprechung von Steuerfragen. Hr. Bäuhle sagt, die Erhöhung sei vorzuziehen. Es sei aber nicht möglich, die ganze Deckung der Mehrausgaben aus den Werken herauszuwirtschaften. Man müsse nach Deckung auch auf andere Seite suchen. Der Vorsitzende bittet, ihm eine derartige Deckungsquelle zu nennen. Erwa die Erhöhung der Umlage? Hr. Scholl fragt an, ob das Calwer Elektrizitätswerk nicht derart umgebaut werden könne, daß Calw von Teinach unabhängig werde. Er weist darauf hin, daß nach Zeitungsberichten die Lebenshaltung im Norden billiger sei als im Süden, und Calw einer der teuersten Lagen sei. — Die Erhöhung der Strom- und Gaspreise wird darauf genehmigt, ebenso die Anschaffung einer Waggonladung Treiböl für den Dieselmotor. — Eine rege Aussprache findet noch über die Instandsetzungsmaßnahmen der Gasmesser statt und der Ergänzung der alten durch neue. Reparaturen der Gasmesser können leider nicht am Ort selbst, sondern nur in einschlägigen Fabriken stattfinden. Die Auswechslung werde soviel als möglich beschleunigt. — Punkt 5: Die fleißigen Leihenträger sind um Erhöhung ihrer bisherigen Gebühren eingeladen. Diese betragen bekanntlich 7 M in 1. Klasse, 6 M in 2., 4 M in 3. Klasse. — Die neuen Gebühren sollten lauten: 12 M für 1., 10 M für 2. und 8 M für 3. Klasse. — Die Leihenträger erklären sich bereit, bei nachgewiesener Armut eine Ermäßigung von 25 Prozent eintreten zu lassen. Bei Ueberführung nach der Bahn solle keine Tarifbegünstigung, sondern Bezahlung nach Zeitverlust stattfinden. Behandelt wird noch die Frage einer Erhöhung des Tarifs bei Ueberführung von außerhalb des eigentlichen Stadtbezirks in städtischen Wohnplätzen. Auf eine solche wird aber verzichtet, und die Gebühren dafür auf 13 M in 1. Kl., 11 M in 2. Kl. und 8 M in 3. Kl. festgelegt. — Punkt 6: Eine Verfügung des Ministeriums des Innern hat die Polizeistunde neu geregelt. Da auch Stuttgart bei der 11 Uhr-Polizeistunde geblieben ist und nur an Samstagen die Polizeistunde allgemein bis 12 Uhr verlängert hat, wird auch für Calw an der bisherigen Regelung festgehalten. Verlängerungen können auf Antrag bis 2 Uhr gewährt werden; dabei sollen Verwaltungsgebühren im Einzelfall im gesetzlichen Rahmen bis zu 100 M erhoben werden, je nach Art und Zweck der Veranstaltung, also nicht nach der Größe der Veranstaltung wie in anderen Städten. Die Vorschläge des Vorsitzenden werden genehmigt und zum Schluß einige persönliche Angelegenheiten und Wohnungsfragen erledigt.

Lebensmittelsammlung für Oberschlesien im Oberamt Calw.

Im Die Zustände in Oberschlesien sind etwas besser geworden. Kein Wunder ist es da, daß diejenigen, die vor Monaten vor den polnischen Wälder- und Wälderbanden geflohen sind, jetzt wieder in ihre alte Heimat zurückkehren. Tausende von ihnen jedoch treffen ihr Heim nicht mehr oder zum Teil nicht mehr so an, wie sie es verlassen haben. Da haben die „Stoßtrupps“ Koriantis zu gründliche Arbeit getan. Es fehlt an allem, am wichtigsten aber an Lebensmitteln. Da soll nun auch im Oberamt Calw eine Sammlung von unverderblichen Lebensmitteln veranstaltet werden. Die W. B. h. D. Stuttgart haben in diesen Tagen an die Pfarrämter im Oberamt die Bitte gerichtet, solche Lebensmittelsammlungen in ihren Pfarrgemeinden zu veranstalten, in der Hoffnung, daß die Schulbehörden, Lehrerschaft, Landwirtschaftlichen und Pächtervereine usw. hilfreiche Hand dazu bieten. Wie soll nun die Lebensmittel-Absendung vor sich gehen? Am besten ist, wenn in den einzelnen Gemeinden große Mengen Lebensmittel zusammenkommen, umgehend von den W. B. h. D. Stuttgart, Neuer Bahnhof 4 A Säckel anzufragen unter Angabe wofür (Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl) und diese großen Sendungen direkt zu adressieren: Vereinigt. Weh. heimatr. Oberschlesien, Breslau, Ost, Direktionslager 3; die Frachtbriefe wären zu unterschreiben: durch Vermittlung der Vereinigt. Weh. heimatr. Oberschlesien, Landesstelle Stuttgart und Unterschrift des Absenders. (In jeden Sack oberauf muß ebenfalls die genaue Adresse des Absenders gelegt werden.) Bis jetzt gingen Sendungen mit solchen Unterschriften frachtfrei nach Schlesien, es ist zu hoffen, daß dies auch im Oktober so bleibt. Von dieser Absendung wäre aber Mitteilung zu machen, wie viel abgesandt wurde und durch wen die Sammlung erfolgte (wegen Rückforderung der Säckel und Gabenkontrolle im Oberamt) an die Sammlungsstelle Calw des Oberschlesienvereins. Werts, welche überhaupt jede Auskunft bereitwillig gibt. Wo aber nicht so viel zusammenkommt, empfiehlt es sich, die Absendung einer Sendung, Neuer Bahnhof 4 A zu senden. Die Absendung einer Säckel erfolgt von dort aus umgehend. Von der Erteilung einer Lebensmittelsammelstelle in Calw wird aus verschiedenen Gründen Abstand genommen. So ist nun zu hoffen, daß auch bei der Lebensmittelabsendung das Oberamt Calw von allen Oberämtern gleicher Größe das beste sein möge, wie bei der Geldsammlung, welche letztere die Landesstelle Stuttgart der W. B. h. D. in einem Schreiben vom 20. 9. 21 ausdrücklich feststellte. Bei irgend welchem Anliegen wenden sich jederzeit an: Sammlungsstelle Calw für das Oberschlesien.

(S. 2) M
Thermometer 2
und Blumen ge
(S. 3) St
Vorstand des V
Sich hat, spen
Oppau 1 Mitt
außerdem noch
sich beteiligen.
(S. 4) U
schaft für 1920
Deckung geschl
1130 000 M
tungsaktuarie
genau und
Amisveriamml
kanal-N.G. im
Um 900 000 M
trigialwert U
dem Geschäfts
entnehmen, da
bau der Zwan
kommunalverb
Marl und ein
von 1 Prozent
1920-21 läßt er
braucht. 80 000
verhagellen Ge
munalverbands
treibe verwen
Zustimmung.
Nutmaßlich
Im Osten st
immer näher.
kung, aber inne

19. Sonntag
9 1/2 Uhr G
Delan Zeller.
Ebine Altene
Schahle. Donn
berweiser Josenh

Sonntag, de
halb 10 Uhr: A
Kudacht. Mon
Mittwoch: halb

S
Kri
Som
na
De

S
A
D
D
w
ge
R

(S. 2.) **Kleinsteig, 29. Sept.** Am Mittwoch morgen zeigte das Thermometer 2 Grad unter Null an, wodurch manche Gartenfrüchte und Blumen gelitten haben.

(S. 3.) **Stuttgart, 28. Sept. (Hilfe für Oppau.)** Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der hier seinen Sitz hat, spendete für die Opfer der Explosionskatastrophe in Oppau 1 Million M. Die einzelnen Verwaltungsstellen werden außerdem noch an der Hilfsaktion durch entsprechende Beiträge sich beteiligen.

(S. 4.) **Ulm, 27. Sept.** Der Voranschlag der Amtskörperschaft für 1920/21 ergibt einen Abmangel von 1231 410 M. Die Deckung geschieht durch eine allgemeine Umlage im Betrage von 1130 000 M. und durch eine gesonderte Umlage der Verwaltungsaktuarlasten auf die Landgemeinden (also ohne Ulm, Langenau und Niederstotzingen) im Betrag von 130 000 M. Die Amtsvorversammlung beschloß eine Beteiligung an der Redaktions-A.G. im Betrag von 1 200 000 M. Davon zahlt die Stadt Ulm 900 000 M. und die Landgemeinden 300 000 M. Das Elektrizitätswerk Ulm hat außerdem 300 000 M. gezeichnet. — Aus dem Geschäftsbericht des Kommunalverbandes für 1919/20 ist zu entnehmen, daß der Abbau des Geschäftsbetriebs mit dem Abbau der Zwangswirtschaft gleichen Schritt gehalten hat. Der Kommunalverband hatte 1919/20 einen Umsatz von 52 Mill. Mark und einen Ueberschuß von 520 000 M., was einen Verdienst von 1 Prozent des Umsatzes bedeutet. Auch der Ueberschuß für 1920/21 läßt erhoffen, daß man die Rücklagen nicht anzugreifen braucht. 80 000 M. wurden zur Anschaffung von Saatgut für die verfallenen Gemeinden verwendet. Die Ueberschüsse des Kommunalverbandes sollen zur Schaffung einer Notreserve in Getreide verwendet werden. Die Amtsvorversammlung gab dazu ihre Zustimmung.

Wetter am Samstag und Sonntag. Im Osten steht Hochdruck, aber von Westen rückt die Störung immer näher. Am Samstag und Sonntag ist zunehmende Bewölkung, aber immer noch meist trockenes Wetter zu erwarten.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.

19. Sonntag nach Trini. 2. Oktober 1921. Vom Turm: 303. 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Predigt über Mt. 413 Merk Seefe, Stefan Zeller. 10 1/2 Uhr Sonntagschule. 1 Uhr Christenlehre: Ebnhe ältere Abteilung. 8 Uhr Bibelstunde im Vereinshaus, Miss. Schabbe. Donnerstag, 6. Oktober, 8 Uhr Bibelstunde, Stadtpfarrverwejer Josef Hans.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 2. Oktober: Rosenkranzfest, 8 Uhr: Frühmesse, halb 10 Uhr: Predigt und Hochamt und Christenlehre. 2 Uhr: Andacht. Montag: 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell. Mittwoch: halb 9 Uhr: Gottesdienst in Bad Leinach.

Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.

Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr Predigt, Bögeler. 11 Uhr Sonntagschule. Abends 8 Uhr Predigt, Föhrer. Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde, Föhrer. Stammheim: Vorm. 10 1/2 Uhr Gottesdienst. Nachm. 1/2 2 Uhr Predigt, Hof. Mittwoch, 8 1/2 Uhr Bibelstunde, Bögeler.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Frankfurt, 30. Sept. An der New Yorker Nachbörse galt die Reichsmark 0,78 1/2 Cents, das entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von M. 127,39. (F. B. Ztg.)

Um die Umsatzsteuer.

Der Verband württ. Industrieller hat an die zuständigen Landes- und Reichsbehörden eine Eingabe wegen der Umsatzsteuer gerichtet, in der er für die sog. „veredelte Umsatzsteuer“ eintritt. Dieser Steuer-vorschlag geht von Dr. v. Siemens aus. Sie erfaßt nur den Wert als steuerpflichtig, der der Ware in dem betreffenden Betrieb hinzuzuwächst, also etwa die Differenz zwischen dem Verkaufs- und Einkaufspreis. Dieser Differenzwert ist umso größer, je mehr Produktionsstadien die Ware in demselben Betrieb durchläuft. Die Errechnung des Differenzwertes ist einfach, bedeutet also keine große Belastung des Werkes. In der Eingabe an die Behörden wird darauf hingewiesen, daß es sich für viele Industrien bei der Umsatzsteuer um eine Lebensfrage handelt. Die Verwirklichung des Vorschlags von Siemens bietet die einzige Möglichkeit, die großen Teilen der Industrie aus der geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer drohenden Gefahren abzuwehren. Wird der Industrie dieser Schutz versagt, so würden die davon ausgehenden Folgen weit über das Gebiet der Umsatzsteuer hinausreichen und die ganze Wirtschaft der als Sitz von stark spezialisierten Fertigungsindustrien von dieser Frage besonders betroffenen Reichsteile aufs Empfindlichste in Mitleidenschaft ziehen.

Deutsche Einfuhr nach England im August.

London, 28. Sept. Die deutsche Einfuhr nach England im Monat August weist eine Zunahme von fast 158 000 Pfund Sterling auf.

Die Preisbewegung in England.

Nach dem „Board of Trade Journal“ sind in England die Großhandelspreise für Lebensmittel im Monat August etwas gestiegen, während alle Gruppen von Rohstoffen für die Industrie usw. im Preise gesunken sind, und zwar etwas stärker als im Juli (3,3 Proz.). Die Senkung in den letzten 12 Monaten beträgt 46,6 Proz. Vor allem tragen hierzu die Preisherabsetzungen für Kohle, Petroleum, Zink, Stahl, Papier, Holz und gewisser Wolgarne bei.

Der russische Handel.

Die Entwicklung des russischen Handels macht, rein ziffernmäßig genommen, Fortschritte. Das ist die erste positive Folge der im 2. Vierteljahr mit England und Deutschland abgeschlossenen Handelsverträge. Es belief sich in der ersten Hälfte des Jahres 1921 die

Einfuhr auf 11 369 007 Rub (1 Rub 16,38 Pfg.), die Ausfuhr auf 2 602 868 Rub. Von der Einfuhr lieferte England 30,6 Proz., Deutschland 18,8 Proz., Amerika 16,4 Proz. und Estland 11,9 Proz. Unter dem estnischen Anteil dürften viele Durchfuhrgüter deutschen Ursprungs sein. Die geringe Ausfuhr Rußlands gegenüber einer 4mal größeren Einfuhr ist bedenklich und muß zu einer schweren Zahlungskalamität führen. Der russische Geldvorrat ist sehr gering und größtenteils für bolschewistische Propaganda verbraucht. Der Wert des Papiergeldes ist gleich Null, Kredit hat Rußland im Ausland so gut wie keinen. Die einzigen Mittel zur Befundung der russischen Handelsbilanz sind Abkehr vom Bolschewismus und Rückkehr zur Arbeit.

Märkte.

Pferde und Vieh.

(S. 5.) **Murrhardt, 28. Sept. (Viehmarkt.)** Auf dem Viehmarkt wurden 16 Ochsen und Stiere zu je 2800—10 400 M., 10 Kühe zu 2600—7800, 20 Kalbinnen und Jungvieh zu je 1500 bis 9800 M. verkauft. Der Handel war bei anziehenden Preisen flau. — Auf dem Schweinemarkt wurden 64 Mischschweine zu je 150—300 M. verkauft.

(S. 6.) **Waldsee, 29. Sept.** Der Hofmarkt war mit 160 Stück befahren. Der Handel war wenig lebhaft; verkauft wurden nur 20 Stück. Am größten war die Nachfrage nach Arbeitspferden. Nach mancher Hand wurde nach dem Markt in den Stallungen zum Abschluß gebracht. Notiert wurden für leichtere Arbeitspferde 8000 bis 12 000 M., für mittlere 15 000—20 000 M.

(S. 7.) **Tettmang, 29. Sept.** Dem Viehmarkt wurden zugeführt 7 Ochsen, 7 Kühe, 28 Stück Jungvieh. Davon wurden verkauft 3 Ochsen, 4 Kühe, 13 Stück Jungvieh. Der Schweinemarkt hatte eine Zufuhr von 119 Ferkel und 2 Läufern, wovon 103 Ferkel und 2 Läufer verkauft wurden. Preis für Ferkel 200—350 M., für Läufer 500 Mark.

Obst und Mostobst.

Waldsee, 29. Sept. Der Obstmarkt war wiederum gut befahren. In Tafelobst wurden 80 Körbe angeführt; Preis für Äpfel 80—95 M., Birnen 70—80 M. pro Pfund. Zufuhr an Mostobst zehra 500 Ztr., Erlös für Äpfel 70—80 M., Birnen 65—70 M. pro Ztr. — Auf dem Schweinemarkt betrug die Zufuhr 122 Ferkel. Verkauft wurden 90 Stück. Der Erlös war 450—600 M. pro Paar.

Weinpreise.

(S. 8.) **Schnait, 29. Sept.** Mit der Frühlese wurde bereits begonnen. Die Nachfrage nach Wein ist groß, die Preise steigen. Für einen Eimer werden unverbindlich genannt 3500 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Hof- u. Großmarktpreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. Verkehrslosten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. V. B. R u d o l p h, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Sommenhardt
Die
Einweihung
des
Kriegerdenkmals
findet am
Sonntag, den 2. Oktober
nachmittags 2 Uhr statt,
wozu einladet
Der Gemeinderat.

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für den Schwarzwaldkreis.
Der Beitragssatz für das Jahr 1921 ist auf 15 Mk. für 100 Mk. Steuerkapital festgesetzt worden.
Neulingen, den 27. September 1921.
Oberregierungsrat Lauterer

Gesucht
wird nicht zu junges
Fräulein als Stütze
in Geschäftshaus am Bodensee, im Nähen und Bügeln bewandert. Gute Behandlung, Familienanschluss.
Näheres bei
Karl Stüber, Calw, Biergasse.

Suche sofort ein fleißiges, braves Mädchen
für Küche und Haushalt bei hohem Lohn und guter Behandlung in kleine Familie.
Frau Wilhelm Schabbe, Pforzheim, Bleichstr. 511
Im Auftrag zu verkaufen:
2 Damenmäntel
für schlanke Figuren
Zwinger 295.

Eine junge Ziege
ist zu verkaufen.
Zwinger 292 3. Stck.

2 ältere, tüchtige Schreiner oder Mühlenbauer für sofort gesucht.
G. Kohler, Masch.-Fabrik und Mühlenbauanstalt Talmühle D. A. Calw.

Bauern-Hof
möglichst arondiert, 20 bis 40 Morgen groß,
zu kauf. gesucht.
Anträge von Besitzern m. näherer Beschreibung u. Preis unter S. E. 567 an Rudolf Mosse, Stuttgart erbeten.

Lügenhardt, den 29. September 1921.
Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Gattin und Mutter
Maria Katharina Birkle
erfahren durften, für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Eberhardt am Grabe, für den erhabenden Gesang des Herrn Oberlehrer Schneider mit seinen Sängern, für die Blumenpenden, sowie den Herren Ehrenträgern für den letzten Liebesdienst sagen herzlichsten Dank.
Familie Martin Birkle.

Sonderangebot für Wirte u. Wiederverkäufer!
Ab. 1. Oktober hohe Tabaksteuer! Keine Nachversteuerung!
100 Mille Zigarren
Verkauf 1 Mk. Verkauf 1 Mk.
aus garantiert rein überseeischen Tabaken sind heute eingetroffen.
Durch großen Einkauf ist es mir möglich, dieselben zu dem billigen Preis von 750—800 Mk. pro Mille nur an Wirte und Wiederverkäufer abzugeben. Abgabe nicht unter 1 Mille. Für nur gute Qualität übernehme ich jede Garantie. Bei Nichtgefallen wird die Ware anstandslos zurückgenommen. — Lieferung erfolgt franko. Zahlungsbedingungen: 60 Tage Ziel.
Machen Sie einen Versuch und Sie werden ein dauernder Kunde von mir bleiben.
Robert Ott, Tabakwaren-Großhandlung, Fernsprecher 133.

